

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 113 SONNTAG, 11. August 1935

Aus dem Inhalt:
Die wahre Lage in Deutschland
Justizterror gegen
Sozialdemokraten
Blomberg läßt grüßen
Eine Ohrfeige aus England

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Danzigs Schicksal besiegelt?

Durch die Schuld von Schacht und Hitler — Neuer Verelendungsplan für Deutschland

I

So notwendig es ist, den immer wiederkehrenden Nachrichten über persönliche Gegensätze innerhalb der Diktatur starkes Mißtrauen entgegenzusetzen, so wichtig ist es, auf die zunehmenden objektiven Schwierigkeiten zu achten, die ihrerseits wieder zu immer sich verschärfenden Richtungskämpfen führen müssen. Von Anfang an ist hier betont worden, daß Schacht, gezwungen, der uferlosen Ausgabewirtschaft der Diktatur wenigstens gewisse Dämme entgegenzusetzen, in Widerspruch geraten muß zu den Interessenten der Rüstungs- und Arbeitsbeschaffungsausgaben. Im Kampf um seine Politik schreckt Schacht bisweilen auch vor sehr drastischen Maßnahmen und Drohungen nicht zurück. Die wichtigste und folgenreichste dieser Maßnahmen ist sein Verhalten gegen Danzig gewesen. Schacht wollte demonstrieren, wohin die verbrecherisch leichtfertige Ausgabenpolitik der Nationalsozialisten führen muß, er wollte Hitler und den übrigen Ignoranten vor Augen stellen, welche Folgen ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik zeitigen wird. Deswegen hat Schacht die Danziger Währungskatastrophe, die an sich bei der Wirtschaft der Danziger Nationalsozialisten unausbleiblich gewesen wäre, mit Absicht beschleunigt. Er hat die Subventionen, die die Stadt in Form von Zuschüssen zu den Beamtengehältern, Pensionen und Sozialrenten von Deutschland erhielt, eingestellt. Er hat darüber hinaus die Exportforderungen, welche die Stadt durch ihre Ausfuhr von Getreide, Zucker usw. nach Deutschland zu erhalten hat, absichtlich unbeglichen lassen; denn es ist klar, daß bei der deutschen Ausgabewirtschaft die Bezahlung von einigen 40 bis 60 Millionen Mark eine verhältnismäßig gleichgültige Angelegenheit gewesen wäre, während der Entgang für die Währung Danzigs tatsächlich den Genickfang bedeutet hat.

Aber diese Demonstration Schachts an die Adresse Hitlers hat Folgen, die sich die Berliner Diktatoren nicht haben träumen lassen. Die Abwertung und die kopflose Art, in der sie vollzogen wurde, hat nicht nur akutes Elend über die Bewohner der unglücklichen Stadt gebracht, die Preise sind nicht nur um 40 bis 70 Prozent in die Höhe gegangen, während die Löhne von den Nationalsozialisten gewaltsam auf dem früheren Niveau festgehalten werden, sondern dazu kam noch, daß der Danziger Gulden auf dem neuen Niveau gar nicht festzuhalten war. Die Flucht aus dem Gulden dauerte fort. Die Danziger Nationalsozialisten, beraten von Schacht, suchten ihr durch Devisenbestimmungen nach dem Muster der Deutschen entgegenzutreten. Es ist völlig unbegreiflich, daß Schacht an die Wirksamkeit dieser Bestimmungen geglaubt haben soll, denn Danzig ist wirtschaftlich gemeinsames Zollgebiet mit Polen. Dazu besitzt Polen noch die Herrschaft über die Eisenbahn in Danzig, hat dort seine eigene Post und ist an dem Hafen- und an der Zollverwaltung mitbeteiligt. Die polnische Post kümmerte sich nicht um die Devisenbestimmungen und diese erwiesen sich als völlig undurchführbar; der Gulden sank immer weiter unter seine neue Parität.

Die Polen, Hitlers Freunde und Bundesgenossen, halten jetzt die ihnen von Schacht gewährte Gelegenheit für gün-

stig, um die wirtschaftliche Einverleibung Danzigs vorwärts zu treiben.

Sie haben die Aufhebung der Devisenbestimmungen verlangt und da der Senat ablehnte, haben sie eine vernichtende Maßnahme getroffen. Der polnische Finanzminister verordnete, daß vom 21. Juli ab die aus dem Ausland nach Polen eingeführten Waren nicht mehr im Danziger Gebiet verzollt werden dürfen, sondern nur in den innerhalb des polnischen Zollgebietes liegenden Zollämtern. Das bedeutet aber, daß Waren, die bisher über den Hafen von Danzig nach Polen eingeführt wurden, in Danzig nicht mehr verzollt und abgefertigt werden konnten. Die Importeure müssen deshalb den Danziger Hafen meiden und ihre Sendungen nach dem polnischen Konkurrenzhafen Gdingen umleiten. Seit dem 22. Juli verödet der Danziger Hafen. Die Folgen schildert die »Frankfurter Zeitung«:

»Die Zolleinnahmen in Danzig sind in kurzer Frist auf ein Siebentel zusammengeschrumpft. Einige Linien laufen den Danziger Hafen überhaupt nicht mehr an. Die Deutschen, die im Danziger Gebiet wohnen, leben aber in erster Linie vom Hafenumschlag und vom Hafenhandel. Wenn keine Schiffe nach

Danzig hereinkommen, kann auch zur See kaum mehr etwas ausgeführt werden. Auch der Export ist also gefährdet. Die polnische Zollverordnung, die mit den Verträgen in Widerspruch steht, bewährte sich somit als das, was sie wohl sein sollte: als ein Griff an den Lebensnerv der Danziger Bevölkerung.«

Ein nur zu wirksamer Griff, den das gewissenlose Experiment Schachts ermöglicht hat, und der die verelendeten Massen mit neuen Gefahren bedroht. Der in Danzig ansässige Transit-Großhandel und das von ihm abhängige Gewerbe stehen vor dem Ruin. Die Firmen sind zur Liquidierung ihrer Betriebe und zur Uebersiedlung nach Gdingen gezwungen, was zu umfangreichen Entlassungen Danziger Arbeiter führen müßte. Die Danziger Nationalsozialisten sind in übelster Lage. Die Erbitterung der Bevölkerung gegen das korrupte und unwissende Gesindel, das im Bunde mit den Berliner Stellen die Stadt in dieses Unglück gestürzt hat, ist grenzenlos. Die Danziger Regierung hoffte aber auf die polnische Freundschaft mit Hitler. Darin sieht sie sich freilich getäuscht und greift daher zu neuen Verzweiflungsmaßnahmen. Der Danziger Gulden verliert im Ausland immer

rascher seine Kaufkraft. Deswegen hat der Senat zollfreie Einfuhr für Lebensmittel, Arzneien, Kohlen und einige andere Waren verordnet. Man will auf diese Weise die eingefrorenen ausländischen Forderungen, d. h. in Wirklichkeit die von Schacht geschuldeten Summen, für den Bezug dieser Waren aus Deutschland nutzbar machen.

Das ist nun ein offener Bruch der Zollunion mit Polen, der auch von der Danziger Regierung offen zugegeben wird. Die Polen erklären drohend, daß sie diesen Vertragsbruch nicht zulassen werden und in ihrer Hand sind alle wirtschaftlichen Machtmittel nicht nur, sondern ihnen steht auch der klare Wortlaut der internationalen Verträge zur Seite. Die Danziger Regierung kann deswegen von vornherein nicht daran denken, sich an den Völkerbund zu wenden, sondern kann nur in Warschau um neue Verhandlungen betteln.

Die Polen aber scheinen bis ans Ende gehen zu wollen. Für sie ist der Freundschaftsvertrag mit Hitler in der Tat sehr nützlich. Sie haben aus ihm das moralische Recht auf den Besitz des polnischen Korridors ableiten können, ohne daß Hitler widersprochen hat. Sie

Terror in der Defensive

Die allgemeine Situation in Deutschland

Heil unserm Führer!
Dat Fleeesch ward immer dürrer.
Heil Robert Ley!
Elber Penning kost een El.
Heil Hermann Göring!
Jetzt giffts bloß noch Pellkartoffeln
un Hering.
Heil Rudolf Heß!
So schlimm is niemals west.
Han wi dat vörher wosten,
wi han juch fix wat scheeten!
(Von der Wasserkante.)

Der Beobachter der deutschen Verhältnisse, der sich bemüht, hinter den Ereignissen im Vordergrund die große Linie der Entwicklung zu erkennen, kann heute drei Feststellungen treffen:

1. Lange Zeit — wir haben wiederholt darauf hingewiesen — war der Bolschewistenschreck die große negative Massengrundlage des Systems. Die Angst vor dem Chaos, das eintreten müßte, weil nach dem Sturze Hitlers der Kommunismus an die Macht käme, veranlaßte den »Bürger« immer wieder, sich trotz allen Geschimpfes und Gemeckers doch mit dem System abzufinden. Diese Angst vor dem Chaos als der unüberwindlichen Folge eines Sturzes des Systems ist im Schwanden. Die Vorstellungen gewinnen an Boden, daß es Kräfte gibt, die befähigt und berufen sind, das System abzulösen. Diese Vorstellungen sind nicht einheitlich. Ein Teil — und es ist einwillen der größere — neigt zu der Auffassung, eine Militärdiktatur müsse und werde kommen und die Maßnahmen gegen den Stahlhelm sind die Antwort des Systems darauf. Zum kleineren Teil aber — und dies scheint uns ein wichtiges Symptom zu sein — entwickelt sich auch die Vorstellung, daß »die Arbeiterschaft es machen muß«. Diese Auffassung erwächst aus der sich immer mehr bahnbre-

chenden Erkenntnis, daß es in den vierzehn Jahren doch ganz anders gewesen ist, als Hitler und seine Anhänger es darzustellen pflegen.

2. Die zweite Feststellung, die heute getroffen werden kann, ist: das Ansehen Hitlers wankt. Die Popularität des »Führers« war schon seit einiger Zeit Schwankungen unterworfen. Der Saarsieg und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatten sein Ansehen wieder stark gefestigt und Redewendungen, wie »der Führer will das nicht« — »wenn der Führer das wüßte, würde er es nicht dulden« waren allgemein. Seit einiger Zeit aber überwiegen die »Meldungen«, daß man in allen Volksschichten auch an der Person des »Führers« zu zweifeln beginnt. Auch Mitglieder der NSDAP, zumal »alte Kämpfer« beteiligen sich gelegentlich an dieser Kritik an Hitler. Aber diese Kritik ist in vielen Fällen noch keine grundsätzliche Kritik am Führerprinzip, sondern man sucht nach einem anderen »Führer«, der für die einen Schacht, für die anderen Blomberg heißt.

3. Die dritte Feststellung — und sie ist für die richtige Einschätzung der aktuellen Ereignisse die wichtigste — betrifft die Stellung der NSDAP, ihr Ansehen in der Bevölkerung und ihre innere Verfassung. Wir haben vor einigen Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß die NSDAP einem Prozeß der Aushöhlung unterliegt, weil sie an alle möglichen öffentlichen und halböffentlichen Institutionen Leute abgegeben hat und weiter abgibt und nichts anderes mehr ist als eine Interessengemeinschaft von Posteninhabern und Postenjägern. Diese Beobachtung wird erneut durch eine Reihe von Berichten bestätigt, die feststellen, daß sich die Partei keines Ansehens mehr erfreut, und daß sie als geschlossene Organisation, ge-

schweige denn als geistige Triebkraft und zielbewußte politische Stoßtruppe kaum noch in Erscheinung tritt.

Diese drei Feststellungen — schwindender Bolschewistenschreck, wankendes Vertrauen zu Hitler und dauernd zurückgehende Achtung vor der Partei — sind wichtige Gesichtspunkte für die Beurteilung der Aussichten, die die neue Terrorwelle hat. Es ist eine Defensivaktion der NSDAP! Mag Göbbels noch so freche Reden halten, die auf den Ton gestimmt sind: »Wir dulden keinen Einfluß neben uns« — er wird damit vor dem kundigen Beobachter die wahre Lage nicht verschleiern!

Emigrantenfallen der Gestapo

Nachdem den Menschenräubern der Gestapo durch die Empörung, die ihre Entführungen im Auslande hervorgerufen haben, diese Art der Emigrantenbekämpfung zur Zeit etwas unbequem geworden ist, greifen sie nun zu einer neuen, nicht weniger niederträchtigeren Methode. Eine Anzahl Emigranten haben in den letzten Wochen von Bekannten aus ihrem Heimatsort Mitteilungen erhalten, daß nahe Angehörige, wie Eltern oder Geschwister, erkrankt oder verstorben sind und daß zur Regelung verschiedener Angelegenheiten ihre Rückkehr unbedingt nötig sei. Heuchlerisch wurde solchen Briefen ein Satz beigefügt, daß sie nichts zu befürchten hätten, da selbst Gestapo in solchen Fällen »menschlich« sei und ein Auge zudrücken würde.

Vereinzelt sind Emigranten auf derartige Schreiben, deren Inhalt mit keinem Wort der Wahrheit entsprach, hereingefallen und mußten ihre Liebe zur Familie und ihre Vertrauensseligkeit mit furchtbaren Prügelein und den Raub der Freiheit bezahlen.

können jetzt sich Danzig wirtschaftlich einverleiben, ohne daß die nationalsozialistischen Landesverräter für die Selbstständigkeit der Freien Stadt sich einsetzen können.

Zwar hört man vereinzelt in der verklärten deutschen Presse dumpfes Grollen; zwar wird darauf hingewiesen, daß nach der militärischen Erstarkung Deutschlands Polen auf die deutsche Hilfeleistung gegen Sowjetrußland doch angewiesen sei. Aber Polen weiß, daß es in diesem Spiel der Stärkere ist und im Gegensatz zu Hitler in der Wahl seiner Bundesgenossen frei ist. Und deshalb ist auch die Abwehr in der deutschen Presse so gering und würdelos wie die nationalen Erneuerer um ein Entgegenkommen Polens. Danzigs Schicksal scheint besiegelt und das haben Hitler und Schacht zuwege gebracht!

II.

Neuer Verleumdungsplan für Deutschland.

Nicht so unbedenklich wie gegen Danzig kann Schacht in Deutschland selbst vorgehen. Hier muß er sich auf sorgenvolle Mahnungen beschränken. In dem von ihm inspirierten »Deutschen Volkswirt« ließ er neuerdings wieder feststellen, daß die ganze Wirtschaftsbelebung nur der staatlichen Konjunkturanregung zu verdanken sei, eine echte Wirtschaftserholung also nicht eingetreten ist. Deshalb müsse »auch abgesehen von der Erfüllung nationalpolitischer Notwendigkeiten« (ließ Rüstungsausgaben) zumindest mit der Möglichkeit neuer staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme gerechnet werden. Dagegen werden aber vorsichtige Einwendungen erhoben. »Kritische Beobachter«, heißt es, sehen darin Kapitalfehlleitung oder -aufzehrung. Jedenfalls fallen solche Aufwendungen in die Sphäre des Konsums und deswegen sei größtmögliche Oekonomie und Vorsicht am Platze. Aber der Verfasser wird noch deutlicher. Die kurzfristige Staatsschuld wird — in der deutschen Öffentlichkeit unseres Wissens zum erstenmal in dieser Höhe — mit 8 Milliarden Reichsmark angegeben, wobei aber die 1,2 Milliarden Steuergutscheine nicht eingerechnet sind. In dieser Beziehung stünde Deutschland am schlechtesten von allen Ländern. Eine Konsolidierung sei umso dringlicher, als die wahrscheinlich noch umfangreichen weiteren Ansprüche für staatliche Zwecke noch nicht abgeschätzt werden können. Und jetzt kommt das vielsagende programmatische Kernstück des Artikels: der Verfasser fordert deflationistische Maßnahmen, Kapitalbildung und Sparsamkeit neue Rationalisierung, Niedrighaltung der öffentlichen und halböffentlichen Belastung; aber auch neue Steuern können notwendig werden, denn der Etat könne nur ein bestimmtes Maß von Zins- und Tilgungsverpflichtungen tragen. Auf längere Sicht müsse notfalls auch eine vorübergehende Beeinträchtigung des normalen Konsums zugunsten vordringlicher wirtschaftlicher Zwecke ins Auge gefaßt werden.

Das ist also die klare Ankündigung neuer Lohnsenkungen.

Der »Abbau der deutschen Produktionskosten« wird auch noch in einem anderen Zusammenhang gefordert, um nämlich die deutsche Ausfuhr steigern zu können. Denn der bisher erreichte Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr habe die Tendenz, das Gesamtniveau immer weiter nach unten zu beeinflussen. Es ist dabei charakteristisch, daß auch der Staatssekretär im Finanzministerium, der Pg. Reinhard, dem es in letzter Zeit die Rede verschlagen hatte, jetzt wieder einmal den Mund aufgetan hat, aber nur um zu verkünden, daß die von ihm versprochenen Steuerschlüsse infolge der hohen Vorbelastung der künftigen Etats völlig unmöglich geworden seien.

Die Ankündigung des neuen Verleumdungsprogramms ist für die deutsche Öffentlichkeit umso erschreckender, als die wirkliche Lage noch schlimmer ist, als sie in diesem Artikel zugegeben wird. Denn die Schätzung von 9,2 Milliarden schwebender Schulden, von denen etwa 2 Milliarden unter Papen und nicht weniger als 5½ Milliarden in zwei Jahren Hitler kontrahiert worden sind, ist auf alle Fälle zu niedrig. Wir haben die Angabe des »Economist«, die auf über 17 Milliarden lautet, bereits erwähnt. Die sehr vorsichtige »Neue Züricher Zeitung« kommt in einem Artikel über Deutsch-

Danzig und der Völkerbund

Unerledigte Petitionen — Beratungen, aber keine Hilfe!

Bei den Petitionen, die Danziger oppositionelle Gruppen an den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig gerichtet haben und die augenblicklich dem Rat des Völkerbundes zur Entscheidung vorliegen, handelt es sich durchwegs um die Danziger Opposition gegen die Bestrebungen der NSDAP, die nationalsozialistischen Totalitätsansprüche trotz der demokratischen Danziger Verfassung im Leben des Danziger Volkes durchzusetzen.

Es handelt sich:

1. Um eine Petition sämtlicher katholischer Geistlicher Danzigs, in der gegen die nationalsozialistischen Methoden der Jugenderziehung in der Schule und in Schülervereinen Stellung genommen wird. Ferner wird die Aufhebung einer Verordnung des Danziger Senats gefordert, nach der Schul- und Fortbildungsschulpflichtige nur Vereinen angehören dürfen, wenn das ausdrücklich von der Schulbehörde genehmigt wird. Die Schulbehörde wird in der Verordnung angehalten, die Genehmigung zur Zugehörigkeit nur zu solchen Vereinen zu erteilen, die im Sinne der Regierung, d. h. also nationalsozialistischen Sinne, ihre Tätigkeit durchführen.

2. Eine Petition der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei, in der Abhilfe in zahlreichen Fällen verlangt wird, in denen der Senat durch gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen das Prinzip der Rechtsgleichheit der Staatsbürger durchbrochen hat. Es handelt sich beispiels-

weise um einen gesetzlichen verankerten besonderen Ehrenschutz für nationalsozialistische Organisationen usw.

3. Eine Petition des Bundes jüdischer Akademiker und des Vereins jüdischer Gewerbetreibender, in der ebenfalls gegen die Rechtsungleichheit Stellung genommen wird.

4. Eine Petition der Sozialdemokratischen »Danziger Volkstimme«, in der gegen die verschiedenen Verbote und Beschlagnahmen dieser Zeitung Stellung genommen und Sicherung der Pressefreiheit verlangt wird.

Diese vier Petitionen sind in der letzten Ratsitzung einem Juristenausschuß überwiesen worden, der zur nächsten Ratsitzung im September sich gutachtlich äußern soll. Dem Juristenausschuß gehören an: Piener-Zürich (Schweiz), Koster-Haag (Holland), Prinz Max von Württemberg (Schweden). Das Juristenkomitee hat bereits einen Teil der Beratungen, soviel wir wissen, abgeschlossen.

Dem Rat des Völkerbundes liegen jedoch noch weitere Petitionen vor, u. a.:

1. Eine Petition der Sozialdemokratischen Partei, in der ebenfalls die Rechtsungleichheit der Staatsbürger in Danzig behandelt wird. Außer den in der Zentrums- und der jüdischen Petition behandelten Fällen enthält diese Petition noch eine Reihe von Punkten, die insbesondere mit

dem letzten Wahlkampf, vor dem 7. April, zusammenhängen.

2. Eine Abschrift der Anfechtungsklage der Sozialdemokratischen Partei beim Obergericht in Danzig gegen die Gültigkeit der Volkstagswahlen vom 7. April. Diese Wahlanfechtungsklage ist sehr umfangreich. Das Obergericht in Danzig ist noch mit der Prüfung beschäftigt. Es ist jedoch eine Erledigung der Klage vor der Septembertagung des Rats zu erwarten, so daß die Möglichkeit besteht, daß sich der Rat im Falle einer Abweisung der Klage durch das Obergericht sich mit diesem Punkt beschäftigen könnte.

3. Liegen dem Rat noch einige Angelegenheiten vor, die der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig selbst zur Sprache gebracht hat. Es handelt sich um die Frage der Arbeiterentlassungen durch die Behörden aus politischen Gründen und um das Tragen von SA-Deichen auf dem Gebiet der Freien Stadt.

Was diesen zuletzt genannten gesamten Fragenkomplex betrifft, so dürfte er in dem Bericht des Berichterstatters des Rats für Danziger Angelegenheiten, des Herrn Eden, in der Septembertagung einen gleich großen Raum einnehmen wie die Fragen, die durch den Juristenausschuß vorgeprüft worden sind. Es wäre zu wünschen, daß der Rat auch diese Fragen gemäß den grundsätzlichen Entscheidungen des Juristenkomitees bereits in der Septembertagung endgültig erledigt.

Justizterror gegen Sozialdemokraten

Weitere Verhandlungen gegen Hamburger Sozialdemokraten

In der letzten Woche fanden weitere Verhandlungen gegen einzelne Gruppen im Hamburger Riesenprozeß gegen Sozialdemokraten statt. Eigentümlich ist, daß bis heute keine deutsche Zeitung auch nur ein Wort über diesen Prozeß und seinen Verlauf veröffentlicht hat. Daraus muß man entnehmen, daß die deutschen Behörden ängstlich vermeiden, irgendetwas über ehemalige Sozialdemokraten zu schreiben, um den Eindruck zu erwecken, daß in Deutschland die sogenannte bolschewistische Gefahr droht.

In diesem Prozeß wurde wiederum festgestellt, daß man in Deutschland politische Gefangene auf das Schwerste mißhandelt, um Geständnisse zu erpressen. Diese erpressten Geständnisse dienen dann als Unterlagen für die Verhandlungen. Wie bekannt, sind alle diese Angeklagten beschuldigt, durch den Versuch, die sozialdemokratische Partei neu gebildet und durch das Einsammeln von Geldern Hochverrat getrieben zu haben.

Die Angeklagten bestreiten das erstere entschieden, geben aber zu Geld für die Angehörigen der wegen ihrer politischen Ueberzeugung im Konzentrationslager oder Gefängnis befindlichen gesammelt zu haben.

Gestapo fälscht Protokolle

In dem am 22. Juli gegen Schütt und Genossen durchgeführten Prozeß wurde der Hamburger Staatspolizei die Fälschung der Vernehmungprotokolle nachgewiesen. Selbst der die Verhandlung führende Richter mußte erklären: »Es werfe kein gutes Licht auf die Staatspolizei, wenn immer und immer wieder gerichtseitig Fälschung der Vernehmungprotokolle festgestellt werden müßte.« Während der Verhandlung stellte sich heraus, daß das

Protokoll über die Aussagen des Angeklagten Schütt nicht nur inhaltlich, sondern daß auch die Namensunterschrift gefälscht war. Dabei hatte man sich nicht einmal die Mühe gemacht, den richtigen Vornamen zu schreiben. Statt Hans hatte man einfach Johann geschrieben. Der Kriminalkommissar Krüger, vom Richter befragt, wie dieses Protokoll zustande gekommen sei, erklärte: »Er könne sich dessen nicht entsinnen.« Es ist überhaupt eine eigentümliche Erscheinung, daß der Krüger, wenn es sich um die Belastung der Angeklagten handelt, ein fabelhaftes Gedächtnis besitzt. Dieses fabelhafte Gedächtnis ließ ihn bisher jedoch in allen Verhandlungen im Stich, wenn er irgendetwas über Mißhandlungen und Folterungen von Gefangenen aussagen sollte. Jedesmal, wenn ein Gefangener diese Mißhandlungen vor Gericht schildert, verlieren sämtliche Beamte das Gedächtnis. Krüger scheint, wie man aus den Verhandlungen entnehmen kann, eine ganz besondere Rolle bei der Hamburger Staatspolizei zu spielen. Er hat sich nicht gescheut, den Gefangenen, wenn sie trotz in »Eisenlegens« und »Prügelns« die gewünschten Aussagen nicht machen wollten, zu drohen: »Ich lasse eure Frauen holen und in Eisen legen, bis ihr endlich gesteht.«

Harte Urteile

Trotz der gefälschten Protokolle, und obgleich gerichtlich festgestellt wurde, daß die Aussagen nur unter Folterungen zustande gekommen waren, beantragte der Staatsanwalt Zuchthausstrafen bis zur Höhe von zwei Jahren.

Das Urteil lautete gegen die Einzelperson: Pahike zwei Jahre Gefängnis, Schütt

ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Mehnke ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Anderstotterson ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Lockenwitz ein Jahr zwei Monate Gefängnis, Griebach zehn Monate Gefängnis, Matschek zehn Monate Gefängnis, Traube Freispruch.

Bei Schütt und Pahike wurden, da sie hartnäckig geschwiegen hatten, nur sechs Monate der Untersuchungshaft angerechnet, bei den übrigen Angeklagten neun Monate.

Im Termin gegen Schneider und Genossen erklärten die Angeklagten, sie hätten gemeinsam, um ihrem früheren Kameraden Neckermann, dem man im Konzentrationslager die Zähne ausgeschlagen hatte, ein neues Gebiß zu beschaffen. Diese Aussage hatte Kriminalkommissar Krüger im Protokoll nicht vermerkt. Unter seinem Eid sagte er aus, die Angeklagten hätten zusammen auf einem Saal gelegen und sich dort verabredet, diese Aussage betreffend Neckermann zu machen. Vor Gericht wurde festgestellt, daß fünf Angeklagte überhaupt nicht auf diesem Saal gelegen hatten.

Hellmuth von Gerlach

Die Tagespresse meldete das plötzliche Hinscheiden Hellmuth von Gerlachs in Paris. Ein glänzender Kämpfer für eine freiere, menschlichere Welt ist mit ihm dahingegangen; seine Bedeutung ist von den großen Zeitungen der ganzen Welt gewürdigt worden. Nur die Presse des Dritten Reiches hat sich mit einer kurzen Notiz begnügt, in der zu lesen war, daß »der berühmte Journalist Hellmuth von Gerlach« gestorben sei. Diese Art, einen gefallenen Gegner zu behandeln, entspricht völlig der Gesinnung, die heute in Deutschland die alleinherrschende ist.

Hellmuth von Gerlach hat sich in einer Zeit, in der in Deutschland das freie Denken, Reden und Schreiben noch erlaubt war, vom reaktionären Junker zum radikalen Demokraten, vom Rüstungsapostel zum entschiedenen Pazifisten entwickelt. Er hat seine ungewöhnliche publizistische Begabung mit leidenschaftlichem Eifer für die Sache eingesetzt, die er als die richtige erkannt hatte. Das trug ihm den Haß seines Ständes- und ehemaligen Gesinnungsgenossen ein. Jahrzehntlang verfolgten ihn, den untadeligen Ehrenmann, ihre Schmähungen und Verleumdungen, und sicher hätte der 67jährige das Los der Stelling, Fechenbach, Husemann und der ungezählten anderen geteilt, wenn er nicht noch rechtzeitig Deutschland verlassen hätte. Er wurde als einer der ersten ausgebürgert und enteignet, doch blieb er aufrecht und führte auch in der Verbannung den Kampf weiter, bis er fiel: ein Kämpfer für das freie Deutschland der Zukunft, das seinen Namen hoch in Ehren halten wird.

lands schwebende Schuld vom 2. August zu folgender Zusammenfassung der »einigermaßen übersichtlichen Postens:

Ausgewiesene Schwabes Schuld	3 Milliarden,
Arbeitsbeschaffungswechsel	3,5 ..
Rüstungswechsel	3 ..
Steuergutscheine	1,2 ..
insgesamt	10,7 Milliarden.

Schwebende Reichsschuld.

Die Züricher Zeitung betont selbst, daß es sich um eine Mindestschätzung handle und die Gesamtsumme zwischen 10,7 bis 13 Milliarden anzunehmen sei. Wir meinen, daß namentlich die Schätzung der Rüstungswechsel mit 3 Milliarden stark hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Dazu kommen aber jedenfalls noch die schwebenden Schulden der Länder und Gemeinden in Höhe von etwa 3,5 Milliarden, so daß die Schwabeschuld für alle öffentlichen Körperschaften sicher eher über 17 Mil-

liarden als darunter liegt neben fundierten Schulden von etwa 20 Milliarden. Richtig bemerkt die »Neue Züricher Zeitung«, daß die Gefahr vor allem darin liegt, daß nur so schwache Aussichten auf Konsolidierung in absehbarer Zeit bestehen und daß es sich zum großen Teil einfach um die Finanzierung des Staatsbedarfs, in erster Linie der Rüstung, mit Notenbankkredit handelt. »Es ist aber nach den gesicherten Erkenntnissen der Geldtheorie kein Unterschied, ob konsumptiver Staatsbedarf — wie während der deutschen Inflation — durch die Notendruckmaschine oder durch Kreditschöpfung beendigt wird.«

Aber auf dem Wege, den die deutsche Diktatur eingeschlagen hat, gibt es trotz aller Mahnungen Schachts — das lehrt auch das italienische Vorbild — kaum ein Zurück. Die Fortsetzung dieses Weges aber führt nach — Danzig. Dr. Richard Kern.

Der internationale Kongreß für Strafrecht

Rache und Vernichtung statt Gerechtigkeit und Menschlichkeit

Vom 18. bis 24. August findet in Berlin der 11. Internationale Kongreß für Strafrecht und Gefängniswesen statt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, hat den Delegierten dieses Kongresses zu dem Kongreßthema »Entwicklungstendenzen im Strafvollzug« eine Denkschrift überreicht, die eine Darstellung über die Grundsätze und die Praxis des deutschen Strafvollzuges enthält.

»Die Gefangenen sind ernst, gerecht und menschlich zu behandeln. Ihr Ehrgefühl ist zu schonen und zu stärken.« Das waren die Grundsätze des deutschen Strafvollzuges der Republik. Die Grundsätze des Dritten Reiches hat der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Roland Freisler, in dem amtlichen Werk »Das kommende deutsche Strafrecht« mit folgenden Worten dargelegt:

»Schuld heißt Sühne! Weil der Ermordete nach Rache schreit. Man mag das verstandesmäßig nicht begründen können, man braucht es nicht philosophisch begründen. Denn das Verlangen nach Sühne lebt in uns. Und das genügt!«

Es unterstreicht diese Feststellungen nur, wenn Freisler hinzufügt, daß das Strafrecht ein Kampfrecht ist, dessen Ziel es ist, den Gegner nicht nur zu bekämpfen, sondern zu vernichten.

Diese Grundeinstellung ist in der Praxis restlos durchgeführt. Eine unterschiedliche Behandlung von besserungsfähigen und unverbesserlichen Gefangenen wird nicht mehr gemacht. Auf alle Gefangenen soll der Vollzug als ein derartiges Uebel wirken, daß sie von der Begehung neuer Straftaten abgeschreckt werden. Und deshalb sind alle in jahrzehntelangen Bemühungen um eine Vermenschlichung des Strafvollzuges durchgesetzten Verbesserungen restlos beseitigt worden. Jetzt ist der Strafvollzug so gestaltet, daß er die Gefangenen physisch und psychisch vernichtet. Der Grundsatz: Rache und Vernichtung wird rücksichtslos durchgeführt.

Das gilt besonders für den außerordentlichen Strafvollzug. Hierunter versteht die Denkschrift jene Maßnahmen, durch die Personen, ohne Urteil eines Gerichts, einfach durch polizeiliche Anordnung, unbegrenzt, oft Jahre lang der Freiheit beraubt werden. Diese sogenannte »Schutzhaft« hat nicht das geringste mit der Einrichtung gleichen Namens in früherer Zeit und in anderen Ländern zu tun. Sie ist ein Mißbrauch des Wortes »Schutz«. Die grauenhafte Rechtslosigkeit des Schutzhaftgefangenen wird mit dem höchsten Begriff der staatlichen Fürsorgeaufgabe, dem des Schutzes, verhöhnt. »Schutzhaft« im Dritten Reich ist Strafe, nicht Schutz. Nach Art ihres Vollzuges sogar die schwerste Strafe, die außer der Todesstrafe verhängt werden kann. Den Beweis dafür erbringt die als Anlage zur Denkschrift abgedruckte »Lagerordnung des Konzentrationslager Lichtenburg«. Es ist ein Dokument, das an Grausamkeit, Unmenschlichkeit und Rechtslosigkeit alles übertrifft, was seit den Folterungen im Mittelalter ein Staatswesen an Strafen gegenüber wehrlosen Gefangenen verordnet hat.

Im Strafvollzug stehen sich heute zwei Welten gegenüber: in Deutschland Rache und Vernichtung, überall sonst Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

Eine Ohrfeige für das System

Keine englische Beteiligung am Kongreß.

Die »Howard League for Penal Reform«, die mächtige und angesehene Liga für Strafrechtsreform in England, die einen nahezu halbamtlichen Charakter besitzt, hat beschlossen, an dem Berliner Internationalen Kongreß für Strafrecht und Gefängniswesen nicht teilzunehmen. Sie begründet ihren Entschluß mit folgendem Schreiben an den Herausgeber des »Manchester Guardians«:

Sir, Sie haben vor kurzem über die Rede des deutschen Reichsjustizministers Dr. Gürtner über die auf dem kommenden Kongreß der Internationalen Kommission für Strafrecht und Gefängniswesen in Berlin zu diskutierenden Probleme berichtet. Der Wert der Internationalen Kommission und ihrer Kongresse hat bisher darin bestanden, daß sie

die Möglichkeit zum freien Meinungsanschlag und zur Uebernahme von Erfahrungen durch Mitglieder aus verschiedenen Ländern gegeben hat, und die Howard League ist auf den beiden Vorkriegskongressen, ferner in London 1925 und in Prag 1930 stark vertreten gewesen.

In diesem Jahre hat die Howard League nach sorgfältiger Prüfung beschlossen, am Kongreß nicht teilzunehmen und keine Delegierten zu senden.

Die Howard League treibt keine Politik und ihre Mitglieder gehören allen Parteien an. Ihre Entscheidung entspringt in keinem Sinne antinationalsozialistischer oder antideutscher Politik. Sie entspringt vielmehr ihrer Ueberzeugung, daß ein internationaler Kongreß zu vollkommener Unfruchtbarkeit und Nutzlosigkeit verurteilt ist, wenn er nicht eine dreifache Freiheit hat: Freiheit in der Wahl der Delegierten, Freiheit der Diskussion auf dem Kongreß, Freiheit der Berichterstattung über den Kongreß in der Öffentlichkeit außerhalb des Kongresses.

Auf dem Berliner Kongreß wird keine dieser Freiheiten respektiert werden. Die Howard League ist von autoritativer Seite unterrichtet worden, daß, wenn sie ihren Vorsitzenden mit ihrer Vertretung beauftragt, er auf dem Kongreß nicht werde sprechen dürfen. Die Freiheit in der Wahl der Delegierten und die Redefreiheit, sind daher verneint. Als die Liga die Zusiche-

rung verlangte, daß über die Verhandlung frei berichtet werden dürfe, wurde sie informiert, daß »den beglaubigten Korrespondenten der deutschen Zeitungen und jener fremden Zeitungen, die in Deutschland verbreitet werden dürfen, für die Berichte über die Diskussion und die Vorgänge auf dem Kongreß Erleichterungen gewährt werden sollen.«

Die Bestimmung, »die in Deutschland verbreitet werden dürfen«, mindert die Berichterstattungsfreiheit zu einem Nichts herab. Angesichts dieser Tatsache sieht sich die Howard League zu dem Schluß genötigt,

daß der Kongreß wertlos sein wird, und sie wird deshalb an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

Es ist gut, daß diese Tatsachen bekannt werden und gewürdigt werden. Der Kongreß soll u. a. Fragen die folgende diskutieren:

»Sind die Methoden, die im Strafvollzug angewandt werden mit der Absicht, Verbrecher zu erziehen und zu verbessern (humanitäre Gestaltung, Vorzugssystem, beträchtliche Erleichterung des Zwanges im Strafvollzug gradweise) darauf berechnet, die gewollten Wirkungen zu erreichen und sind diese Tendenzen im allgemeinen anzuerkennen?«

Die deutsche Delegation wird sicherlich die stärkste nationale Gruppe sein, ebenso wie die britische in der Majorität auf dem Londoner Kongreß und die tschechische in Prag, und der deutsche Reichsjustizminister hat bereits das Ergebnis präjudiziert. Wie sie kürzlich berichtet haben, hat er gesagt, daß Nazi-

Handelskrieg Deutschland-Frankreich?

Monatelang haben sich die Verhandlungen zwischen Hitlerdeutschland und Frankreich um die Erneuerung des am 26. Juni 1934 unterzeichneten und am 31. Juli 1935 abgelaufenen Handelsvertrages hingezogen. Nunmehr sind die Besprechungen abgebrochen worden. Der Versuch zur Erneuerung des Vertrages ist gescheitert, es besteht also seit dem 1. August zwischen den beiden Ländern ein vertragsloser Zustand, der sehr leicht in einen Handelskrieg umschlagen kann.

Seit 10 Jahren ist Deutschland wieder im Besitz der Bewegungsfreiheit in Dingen seiner Handelspolitik. Seit 1925 hatte Deutschland wieder das Recht Handelsverträge abzuschließen. Der erste Handelsvertrag war der mit Frankreich. Andere Länder folgten; die Handelsverträge waren meist sogenannte Meistbegünstigungsverträge. Durch sie kam einer großen Reihe von Ländern die Frankreich eingeräumten handelspolitischen Vorteile automatisch zugute. Mit der Außerkraftsetzung des deutsch-französischen Handelsvertrages tritt nicht nur für Frankreich, sondern auch für andere meistbegünstigte Länder anstatt der Vorzugszölle der Höchsttarif in Kraft. Das kommt einer sehr beträchtlichen Zollerhöhung gleich, besonders für Textilwaren. Die Zollerhöhungen sind zum Teil sehr beträchtlich, sie geben bis zum vierfachen der bisher gültigen Zollsätze. Die Folge muß sein, daß die Schrumpfung der Einfuhr nach Deutschland sich verschärft und die Absperrung vom Weltmarkt noch dichter wird, wenn es nicht gelingt, zu neuen Vereinbarungen zu kommen.

Diesen »Erfolg« erstrebt zu haben, kann sich Herr Schacht keineswegs rühmen, er will, im Gegenteil, zwar möglichst wenig für die Einfuhr bezahlen, aber doch möglichst viel Einfuhrwaren erhalten. Man kann nicht leugnen, daß er mit seinen Kniffen, das Ausland um die Bezahlung seiner Warenlieferungen zu prellen, einigen Erfolg erzielt hat. Die Methode kann aber nicht unendlich lange angewendet und nicht unendlich oft wiederholt werden. Sie läuft darauf hinaus, die Stabilität der Mark nach außen zu erhalten und andere dafür bezahlen zu lassen. Man kann es begreifen, daß Frankreich nicht länger zuschauen will, wie Hitlerdeutschland sich eine stabile Mark auf Frankreichs Kosten leistet, während dieses selbst seinen Bürgern die schwersten Opfer zur Sicherung des Franken auferlegt. Der Rückstand unbezahlter deutscher Schulden ist auf etwa 500 Millionen Franken angeschwollen.

In Frankreich wird Schacht beschuldigt, diesen Zustand planmäßig herbeigeführt zu haben. Fest steht jedenfalls, daß, seit Hitler regiert, sich das Austauschverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich von Grund aus gewandelt hat. Bis dahin bestand ein Ueberschuß der deutschen Ausfuhr nach

Frankreich über die französische Einfuhr nach Deutschland, der sich um 100 Prozent bewegte. 1930 betrug die französische Ausfuhr nach Deutschland rund 4 Milliarden Franken, der Ueberschuß der deutschen Ausfuhr nach Frankreich 3,8 Milliarden Franken. Noch 1932 betrug der Wert der deutschen Einfuhr nach Frankreich mehr als das Doppelte der französischen Ausfuhr nach Deutschland. Seitdem ist die Einfuhr nach Deutschland ständig gestiegen, die Einfuhr aus Deutschland ständig gesunken. 1933 bestand ein Ausfuhrüberschuß zugunsten Deutschlands von 1,2 Milliarden, 1934 nur noch von 240 Millionen, und bis zum 1. März 1935 war er auf die Winzigkeit von 13 Millionen Franken zusammengeschrumpft. Im Durchschnitt des letzten Drittels 1934 hatte die französische Ausfuhr nach Deutschland die deutsche Ausfuhr nach Frankreich bereits um 15 Millionen überschritten. Mit dem Umschwung der französischen Handelspolitik, die am 1. Januar 1934 eingetreten war, könnte allenfalls der Rückgang der deutschen Ausfuhr, aber nicht erklärt werden, warum die Einfuhr aus Frankreich nicht nur nicht gesunken, sondern sogar bis Februar 1935 gestiegen ist. Denn die französischen Einfuhrhemmnisse sind, zum Teil wenigstens, eine durch Schachts Devisensperre erzwungene Abwehr. Ganz unerklärlich wird aber, daß auch nach Abschluß des letzten Handelsvertrages der Rückgang der deutschen Ausfuhr andauert.

Der Handelsvertrag wurde durch ein Verrechnungsabkommen ergänzt, das den Abbau der aufgelaufenen Warenschulden bewirken sollte. Zum Verrechnungsabkommen gehörte ein Kontingentabkommen, das für beide Partner ein bestimmtes Höchstmaß der gegenseitigen Einfuhr bestimmter Warenarten festsetzt. Für diese Waren bestehen also keine oder doch nur unwesentliche Einfuhrerschwerisse. Da ist es auffallend, daß von Deutschland die Ausfuhrkontingente nicht einmal ausgenutzt worden sind, obwohl doch Schacht behauptet, sich mit eigener Produktion versorgen zu müssen, weil es vom Ausland an der zur Bezahlung der Einfuhr nötigen Ausfuhr verhindert wird.

Wie ist die Nichtausnutzung der Hitlerdeutschland zugestandenen Ausfuhrmengen zu erklären? Wie man sie in Frankreich deutet, darüber unterrichtet uns Frankreichs Organ, »Der deutsche Volkswirt«, vom 21. Juni. Danach ist »die deutsche Ware zu teuer geworden«, »infolge der zunehmenden Inlandsbeschäftigung der deutschen Industrie« habe »ihr Ausfuhrinteresse nachgelassen«. Die deutsche Industrie hat also die fetten Aufistungsgewinne den mageren Exportprofiten vorgezogen. Aber in Deutschland kann kein Staubkorn eingeführt werden, ohne von Schachts Ueberwachungsstellen gutgeheißen zu werden. Angeblich ist der Zweck des starren Devisenreglements die Devisensparnis

Deutschland sich von den Uebertretungen einer demoralisierten Zeit abgewandt habe, und daß es wieder die Strafe zu wirklicher Strafe gemacht habe, wobei er hinzufügte:

»Wir werden nicht zögern, unsere fundamentalen Ideen mit Nachdruck vor dem internationalen Forum zu vertreten. Wir werden herausstellen, daß wir übertriebener Weichheit ein Ende gemacht haben, daß wir aber nicht aufgehört haben, Gefangene gerecht und menschlich zu behandeln. Unsere Feststellungen werden durch zahlreiche Besuche in Gefängnissen bekräftigt werden, die eine Gelegenheit zur unmittelbaren Information geben werden.«

Der Berliner Kongreß mag sich vielleicht für eine Rückkehr zur Strafe aussprechen. Seine Erklärungen werden in der öffentlichen Weltmeinung noch nicht einmal so viel wiegen wie eine Feder, da wir guten Grund zu der Befürchtung haben, daß das »Forum« parteilich ist, den Delegierten der Mund verschlossen und die Berichte zensuriert.

Wir bedauern die Notwendigkeit, uns vom Kongreß der Internationalen Kommission fernhalten zu müssen, für deren Ideale, Bemühungen und Ergebnisse im Laufe von mehr als 60 Jahren wir tiefe Achtung, Bewunderung und Dankbarkeit haben. Die Kommission hat daran gearbeitet, das Niveau des Rechts und der Menschlichkeit im Strafvollzug zu heben. Wir hoffen und glauben, daß ihre Minimalregeln für Gefangene, an deren Vorbereitung unsere englischen Gefängnis-Kommissare einen ehrenhaften Anteil genommen haben, die Vorläufer einer wirklichen Verfassung für Gefangene sind, und wir wünschen der Internationalen Kommission bei ihrer Arbeit allen Erfolg. Aber in Berlin wird nur die Luft erschüttert werden!

Dann müßte Schacht darauf bedacht sein, der sinkenden Ausfuhr nach Frankreich die Einfuhr aus Frankreich anzupassen. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. »Der deutsche Volkswirt« sagt:

»Für die Steigerung der französischen Ausfuhr nach Deutschland wird von Frankreich der verstärkte deutsche Rüstungsbedarf und die Ausnutzung des Clearing zu unfreiwilligen Krediten an Deutschland verantwortlich gemacht.«

Man hat also in Frankreich durchschaut, daß das Verfahren darauf hinausläuft, die Aufrüstungseinfuhr vom Ausland bezahlen zu lassen. Diese Auffassung wird durch die Verlagerung im französischen Warenabsatz nach Deutschland gestützt. Die Einfuhr von Rüstungsrohstoffen und Rüstungsmaterialien ist weit über die allgemeine Zunahme der Einfuhr hinaus gestiegen. So hatte zugenommen die Einfuhr von Eisen und Stahl um 50 Prozent, von Erzen um 40 Prozent, von Metallwaren um 100 Prozent 1934 gegenüber 1933.

Das Kontingentabkommen hatte den Zweck, den Schuldenrückstand abzubauen zu helfen und in Zukunft nur noch Ware gegen Ware auszutauschen. Schacht aber hat das Gegenteil von dem erzielt, was die französischen Warenzübiger mit dem Verrechnungs- und Kontingentabkommen zu erreichen glaubten. Es war also die Fortsetzung der alten Prellererei mit anderen Mitteln. Schacht hat verhindert, daß die aufgehäuften Schulden abgebaut wird und mit allen Mitteln bewirkt, daß sie sich sogar vermehrt. Der Zweck ist, Frankreich vor die Wahl zu stellen, ob es auf die Bezahlung seiner Forderungen verzichten oder sich einen vermehrten deutschen Export aufzwingen lassen will. Darum ging bei den Handelsvertragsverhandlungen der Streit. Hitlerdeutschland bestand auf Erhöhung der Ausfuhrkontingente, auf deren Ausnutzung es selbst bis dahin verzichtet hatte. Frankreich widersetzte sich, eine höhere deutsche Ausfuhr zuzulassen, als Deutschland selbst in Anspruch genommen hat. Es zieht der Erhöhung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich die Einschränkung der französischen Einfuhr nach Deutschland vor, mindestens so lange, bis der deutsche Schuldenrückstand verschwindet. Frankreich hat also durchschaut, daß es sich um nur zwei verschiedene Methoden handelt, das Ausland die deutsche Aufrüstungseinfuhr finanzieren zu lassen, einmal, indem man ihm das Geld, das zweite Mal, indem man ihm die Kunden abnimmt. Frankreich sieht sich wachsenden Exportschwierigkeiten gegenüber, es ist also möglich, daß man sich früher oder später verständigt. Aber so viel ist sicher, daß der Traum Schachts, sich den Aufrüstungsimport von den ausländischen Exporteuren bezahlen zu lassen, nicht verwirklicht wird.

G. A. Frey.

Von Treitschke zu Streicher

Wandlungen des Berliner Antisemitismus

Die »Preussischen Jahrbücher« gehen ein. Sie wurden von 1867 bis 1889 von Heinrich von Treitschke redigiert.

Es ist eine von der Geschichte vielfach bestätigte Wahrheit, daß sich die Wandlungen der Zeit viel stärker auf ihren dunklen Blättern verdeutlichen als auf denjenigen, die vom menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zeugen. Für nichts gilt das mehr als vom Antisemitismus. In diesen Tagen, wo Streichers »Stürmer« allwöchentlich in hunderttausend Exemplaren über Berlin flattert und die Niedrigen und die Dummen zu Pogromen aufputscht, wird man an vergangene Jahrzehnte erinnert, wo der Antisemitismus gleichfalls die aktuelle Tagessensation der Reichshauptstadt war. Es hat ihm im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht an feurigen Propagandisten, an Demagogen ohne Scham und Gewissen gefehlt, wenn die politische und wirtschaftliche Lage die Präsentation von »Schuldigen« verlangte. Es gab Jahre, wo der Antisemitismus Bekennnis mächtig aufwühlender Massenkundgebungen war, damals, als das Wort vom »Sozialismus der dummen Kerle« umging und die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gegen ihn immun machte. In allen politischen und sozialen Machtkämpfen der Vorkriegszeit kann man bei näherer Prüfung mühelos entdecken, daß offen oder versteckt immer wieder die Judenfrage an den Fronten auftauchte und die Geister schied.

Aber welcher Unterschied! Der Antisemitismus vergangener Jahrzehnte vollzog sich in den Formen eines zivilisierten Zeitalters, die die von den elementaren Menschenrechten gezogenen Grenzen nicht überschritten. Das religiöse und das wirtschaftliche Motiv des Antisemitismus standen im Vordergrund. Die völkische oder rassistische Begründung blieb lange gänzlich unentdeckt oder völlig belanglos. In den Tagen der Romantik, nachdem die Judenemanzipation die alten Barrieren endlich geöffnet hatte, gehörten die Salons der Elite der jüdischen Bourgeoisie zu den geistigen Mittelpunkten der Reichshauptstadt. Schleiermachers Beziehungen zu Henriette Hertz und Friedrich Schlegels Freundschaft mit Dorothea Veit beweisen, daß bei diesen hervorragenden Deutschen das Rassenbewußtsein nur schwach entwickelt war, und ohne arische Proteste konnte Varnhagen v. Ense seine geliebte Rahel Lewin heiraten. Von Antisemitismus als einer Bewegung kann erst seit den siebziger Jahren gesprochen werden, als die giftige Saat des französischen Milliardenunsegens mit dem Spekulationsfieber der Gründerperiode aufgegangen war. Sie betraf vor allem Berlin, das Zentrum der Börse, obwohl jüdische wie christliche Bankhäuser an den Tischen um das goldene Kalb in gleicher Weise beteiligt waren.

Als erster Trommler trat der Hofprediger Stöcker 1878 auf den Plan, mit der Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei. Er wollte zu Beginn des Sozialistengesetzes den Arbeitern soziale Reformen bieten, und das Bindglied zu den Konservativen sollte ein populärer Antisemitismus sein. Stöcker, von seinen Freunden »zweiter Luther« genannt, besaß eine mächtige Beredtsamkeit, Mutterwitz und demagogische Lügenkunst. Er gewann Massenversammlungen, aber dennoch keine Massen, denn sehr schnell wurde seine kirchlich-orthodoxe Hinterstufenabsicht zum Zweck der Verherrlichung des absoluten König- und Junkertums offenbar. Bismarck ließ ihn gewähren. Aber als Stöcker Bismarcks Leibbankier Bleichröder anzugreifen begann, wollte ihn der Kanzler aus Berlin ausweisen lassen, — eine Maßregel, die der alte Kaiser Wilhelm im letzten Augenblick verhinderte. Stöcker blieb noch eine Weile der Magnet radikalistischer Studenten und einer Schicht Unpolitischer aus allen Kreisen, bis es mit seinem Einfluß gänzlich zu Ende war.

Aber die Bedeutung Stöckers als feuriger antisemitischer Werber versinkt gegenüber derjenigen von Heinrich von Treitschke. Die jüngere Generation macht sich kaum eine Vorstellung von der Stärke seines geistigen und politischen Einflusses, der in Jahrzehnten erhalten blieb. 1834 in Dresden als Sohn eines sächsischen Generalleutnants geboren, eines tschechischen Emigranten, wurde er schon als junger Historiker ein leidenschaftlich-pathetischer Lobredner des Preußen- und Hohenzollerntums. 1874 hatte er nach Rankes Tod dessen Berliner Lehrstuhl erhalten, womit er zugleich Hi-

noch heute. Aber nicht nur darin unterscheidet sie sich von den stümpernden antisemitischen Schriftstellern von heute. Zwar berufen sich die Nationalsozialisten immer wieder auf ihn und rufen ihn zum Zeugen auf, in allen entscheidenden Dingen jedoch sehr zu Unrecht. Ihm fehlte gänzlich die rassistisch-völkische Betonung der Judenfeindschaft. Seine Motivierung des Antisemitismus stützte sich auf die Forderung der Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in Deutschland. (In einem Aufsatz »Preussische Jahrbücher«, 1879) beschäftigte er sich mit der Frage, warum man in Frankreich und in England das

dig sind... Es wäre sündlich zu vergessen, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Felix Mendelssohn, Veit, Rießer u. a. — um der Lebenden zu geschweigen — deutsche Männer waren im besten Sinne, Männer, in denen wir die edlen und guten Züge deutschen Geistes verehren. Es bleibt aber ebenso unleugbar, daß zahlreiche und mächtige Kreise unseres Judentums den guten Willen, schlechtweg Deutsche zu werden, durchaus nicht hegen.

Die Juden sollen sich als Deutsche fühlen — dieser Satz von Treitschke bitterlich ernst gemeint, würde ihm heute auf dem Lehrstuhl einer deutschen Universität wegen groben Verstoßes gegen die nationalsozialistische »Weltanschauung« ganz unmöglich machen. Sein Antisemitismus war noch humanitär, er differenzierte unter den Juden, er spielte die »Guten« gegen die »Schlechten« aus, nicht ahnend, daß eine solche Anschauung die rassistische Unterwertigkeit des gesamten Judentums außer Acht ließ, die heute zur Programmatik der wahren deutschen Volksgemeinschaft gehört. So nimmt es nicht wunder, daß sein ganzes antisemitisches Schrifttum von solchen Verstößen gegen die Wotanslehre wimmelt. Folgendes Bekenntnis, das Heinrich Heine gegenüber Ludwig Börne in die Reihe der wahrhaft deutschen Dichter erhebt, dürfte ihm vor keinem Richterstuhl in Walhall jemals verziehen werden:

»Heines unsterbliche Werke sind die schlechtweg deutschempfundene Gedichte: so die »Loreley«, dies echte Kind deutscher Romantik, so jene herrlichen Verse: »Schon tausend Jahr aus Gräcia«, die noch einmal alles zusammenfaßten, was die Deutschen seit Winkelmanns Tagen über die Schönheit der hellenischen Welt gesungen und gesagt hatten. Heine ist sogar in seiner Sprache, wie alle unsere großen Schriftsteller, nicht ohne einen leisen landschaftlichen Anklang, als der Sohn des Rheinlandes...

Heute haben die wirklich bedeutenden und gesunden Talente unter unsern jüdischen Künstlern und Gelehrten längst eingesehen, daß sie nur auf den Bahnen des deutschen Geistes Großes erreichen können, und sie handeln danach.« (Preussische Jahrbücher, 1880)

Leider wirkt die Wiedergabe dieser Sätze, wir sind uns dessen bewußt, wie eine nachträgliche Denunziation. Sie dürften dazu führen, daß die Schriften des großen nationalistischen Pathetikers und Antisemiten vierzig Jahre nach seinem Tode auf den Index des »totalen« Staates kommen. Treitschke hatte noch keine Ahnung von Blut und Boden, von Rassen-ehre und Rassenschande und von der angeborenen Unfähigkeit des Juden, die deutsche Seele zu begreifen. Man wundert sich daher nicht, wenn er 1879 in den »Preussischen Jahrbüchern« ausruft, daß er in Deutschland keinen verständigen Politiker kenne, der die vollzogene Tatsache der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden umstoßen möchte. Eine solche Tat wäre ein offenes Unrecht, ein Abfall von den guten Traditionen unseres Staates und würde den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern. Aber, so fährt er fort, »unsere jüdischen Mitbürger müssen sich rückhaltlos entschließen, Deutsche zu sein, wie es ihrer Viele zu ihrem und unserm Glück schon längst geworden sind.«

Das ist bereits ein stark antiquierter Antisemitismus. Glücklicherweise glich Treitschke seine Unfähigkeit, die nationalsozialistische »Weltanschauung« vorauszuahnen, dadurch aus, daß er gelegentlich zum Jubel seines studentischen Auditoriums über die »krummen Nasen« der Juden höhnen konnte. Aber was hilft? In allem Grundsätzlichen haperte es bei ihm. Er ging sogar so weit, den Juden die christliche Taufe anzuraten, damit ihnen die Eingliederung und Einfühlung in deutsches und christliches Wesen leichter falle.

Sechzig Jahre später: Wie mächtig ist der große Judenfeind Treitschke übergip-

Das große Vorbild

Der mit der Domäne Brüssow beschenkte Mackensen hat seinen Austritt aus dem Stahlhelm erklärt.



Die Treue ist das Mark der Ehre!

storiograph des preussischen Staates wurde. Seit früher Jugend schwerhörig, bis zur völligen Taubheit im Alter, erhitzte er mit seiner dröhnenden Stimme die nationalistische akademische Jugend. Die Objekte seiner kampf- und schimpffreudigen Angriffe waren Kosmopolitismus, Internationalismus und Sozialismus. Ihn vor allem haßte er, weil er in der Sozialdemokratie den Hauptwidersacher seiner Blut- und Eisenideale erblickte.

Der nächste Schritt ging zu Stöcker. 1880 erschien seine Schrift: »Ein Wort über das Judentum«, und ihr folgten viele Aufsätze mit ähnlicher Tendenz. Er wurde der Repräsentant der »geistigen Judenfeindschaft konservativer Prägung, kennzeichnend für die Ideen seiner Epoche. Die Lektüre Heinrich von Treitschkes fesselt wegen der souveränen Beherrschung des historischen Apparats und ihres stilistischen Schiffs

Judenproblem anders sähe als in Deutschland. Seine Antwort lautete:

»Die Israeliten des Westens und des Südens gehören zumelst dem spanischen Judenstamme an, der auf eine vergleichsweise stolze Geschichte zurückblickt. Sie sind in ihrer großen Mehrzahl gute Franzosen, Engländer, Italiener geworden... Wir Deutschen aber haben mit jenem polnischen Judenstamme zu tun, dem die Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei sehr tief eingepreßt sind.«

Welche Schlußfolgerung zieht er aus dieser Erkenntnis? Sie ist noch überraschender:

»Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen — unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns allen ehrwür-

